

P r o t o k o l l

über die nichtöffentliche Sitzung des Landtages vom 16. November 1934 vormittags 9 Uhr.

Abwesend die Ang. Dr. Beck, Ferdi Risch, Ludw. Ospelt.

Regierungsvertreter: Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner

1. Gesuch der Gemeinde Triesen um Fortsetzung

des Kanales von Vaduz aufwärts zwecks Arbeitsbeschaffung.

Präsident: Diese Arbeit ist den Triesnern schon einmal bewilligt worden bezw. der Kredit. Der Landestechniker sagt, wenn ein Kredit von Fr. 10,000 zur Verfügung gestellt werde, könne man diese Arbeit ohne weiters machen. Die Einwilligung der Gemeinde Vaduz bis zum Damm hin wäre vorhanden. Es würde sich also lediglich um die Erneuerung des schon einmal bewilligten Kredites handeln.

Frommelt: weist auf die grosse Arbeitslosigkeit in Triesen hin und überdies sei diese Arbeit schon einmal bewilligt worden.

Reg. Chef: Wie steht es mit der Bedeckung, woher nehmen wir das Geld. Er dürfte wohl Fr. 15,000 kosten. Wenn irgendwie möglich, bin ich auch der Meinung, dass man die Gemeinde Triesen in der Arbeitsbeschaffung berücksichtigen sollte.

Risch Bernhard: Vaduz soll jährlich noch Fr. 25,000 zahlen, damit es anderen Gemeinden das Wasser ~~abnehmen~~ abnehmen kann. Die Verhältnisse sind heute ganz andere. Das Triesner Wasser soll nun heute in den Kanal eingeführt werden. Unsere Leute begreifen das einfach nicht und es ist auch heute eine ganz andere Situation geschaffen. Man soll den Vaduzern halbwegs entgegenkommen. Sie sollen nicht noch bezahlen dafür, dass sie anderen das Wasser abnehmen.

Hoop: Mit dieser Forderung der Vaduzner muss man jetzt dann langsam aufhören. Zuerst hat man ihnen die Wasserleitung bezahlt, das Elektrizitätswerk hat man ihnen gut bezahlt, dann kam wieder die Ausstellung. Da müssen wir hören.

Präsident: Ich würde raten, den erforderlichen Kredit von

~~MEMORANDUM~~

ca. Fr. 15,000 zur Verfügung zu stellen und die Sache zwischen den Gemeinden Vaduz und Triesen soll sich dann selbst entwickeln, diese sollen sich dann untereinander schlichten.

Risch Bernhard: Es ist heute eine andere Sachlage als wie damals und darum wäre es angezeigt, wenn man die Forderung von Vaduz in Erwägung ziehen würde. Wenn man billig und recht sein will, so muss der Standpunkt von Vaduz gewürdigt werden.

Elkuck: Ich möchte beantragen, abzustimmen.

Nascher: Die Gemeinden sollen sich zuerst einigen und wenn sie das nicht können, würde ich mit der Bewilligung des Kredites zuwarten.

Hoop: Wenn eine Möglichkeit besteht, so soll die Fortsetzung des Kanales nach Triesen gemacht werden. Die Sache von Vaduz interessiert uns absolut nicht.

Reg. Chef: Wir schliessen mit einem Defizit. Wir werden auch die wünschbaren Mittel bei der Sparkasse nicht flüssig machen können. Wir kämen nicht in Verlegenheit, wenn die Sparkasse liquider wäre. Vielleicht liesse sich beim Kanal etwas ersparen, indem man eine Vervollständigung einer Arbeit für heuer noch unterlässt.

Der Landtag bewilligt sodann einstimmig den für die Fortführung des Kanales erforderlichen Kredit von ca. Fr. 15,000.--

Bei dieser Gelegenheit kommt der Landtag auf das im Inland beschäftigte ausländische Personal in der Landwirtschaft, im Haus und in Gewerbe zu sprechen.

Reg. Chef: Es muss unbedingt etwas geschehen. Man muss ländischen Knechte durch Inländer ersetzen. Das gleiche auch für die gewerblichen Hilfsarbeiter. Wir haben hier 280 ausl. Dienstmädchen. Es wäre doch in mancher Familie Mädchen, das gern verdienen würde. MM

Büchel Peter: Wir müssen zurück zur Einfachheit & Frugalität. Wir gehen dem Ruin entgegen. Beste muss eine Aenderung geschehen, nur nicht zu radikal vorzugehen. Alle lassen man muss immer noch Rücksichten walten lassen.

Reg. Chef: Es könnte auch so weit gegangen werden, dass man den Bauern eine kleine Prämie gibt, die inländische Kräfte anstellen. Der Bauer kann nicht zu sehr belastet werden und wenn er nur mehr inländische Knecht anstellen darf, dürfte eine Lohn-erhöhung die Folge sein.

Hoop: Man muss nur den jungen Leuten, die sich für Knechten-berufe eignen, keine Arbeit bei landschaftlichen Arbeiten mehr geben, dann gräfen sie auch eher zu solchen Stellen.

Fromm lt: Wie steht es aber mit den Lehrlingen ?

Präsident: Hier wird im Tauschwege vorgegangen werden müssen

Der Landtag kann sich zur Ausschüttung von Subventionen an die Bauern und Arbeitgeber nicht entschliessen und beschliesst einstimmig, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern, in der Er-teilung von Aufenthaltsbewilligungen für ausländische Arbeits-kräfte grösste Zurückhaltung walten zu lassen. Die Leute sollen auf diesen Beschluss aufmerksam gemacht werden, damit sie sich frühzeitig um inländische Arbeitskräfte umsehen ~~MM~~ können.

M i t t a g s p a u s e .

Spttsetzung nachmittags 2 Uhr.

2. K r i s e n o p f e r - E i n f ü h r u n g .

Reg. Chef: Ich habe einige Vorlagen ausgearbeitet und diese haben nicht zur Gänze den Beifall der Herren gefunden. Mit der Besteuerung der Vermögen schon beim 30,000 zu beginnen, scheint angesichts des kleinen Bewirtschaftungsertrages nicht tragbar zu sein. Man wird daher beim Vermögen erst bei 50,000 oder höher gegriffen werden müssen. Nach diesen Ansätzen, die zur Verlesung kamen, würde diese Neueinnahme auf ca. Fr. 26000 Erwerb und beim Vermögen etwa Fr. 30,000 betragen.

Präsident: Wir wollen uns vielleicht zuerst *Klar werden über* die Ansätze für das Vermögen.

Nach längerer Debatte einigte man *sich* 40,000 überschreitende Tausend 1

Fr. 41,000 Fr. 1.-, Fr. 22 = Fr. 2. usw.

Beim Erwerb gehen die Ansichten auseinander.

Vogt: Wie steht es mit solchen Erwerbenden, die Wohnung und Holt frei haben.

Reg. Chef: Das muss miteingerechnet werden. Nach der ausgearbeiteten Tabelle würde die Krisensteuer auf Erwerb rund Fr. 26,000 einbringen. Beginnen würde sie mit Fr. 3000 Erwerb mit $\frac{1}{2}\%$ Abgabe.

Vogt: Wann wurde aufgebaut in den Gehältern. Wenn man die Gehälter zurückturn würde auf den Stand von 1929, wieviel würde das geben.

Reg. Chef: Schätzungsweise etwa Fr. 5-6000 Fr. Doch wenn man schon Gehaltsabbau will, dann müsste die Liste der Beamten ~~separat~~ separat behandelt werden.

Batliner: Für die Festbesoldeten würde ich einen Abbau vornehmen und die anderen die Krisensteuer vorsehen. Mir müssten alle zahlen, die Kleinen wie die Grossen.

Präsident: Wenn man denen mit den kleinen Gehältern noch wegnimmt, das ist nicht recht.

Vogt: Man muss auch die Lage des Arbeiters in Betracht ziehen.

Brunhart: Bei uns sind im schönsten Sommer Monate hindurch Leute zu Hause gewesen ohne irgndwelchen Verdienst. Es wird immer viel gegen die Gehälter der Beamten rumort.

Büchel: Aber wenn man den Beamten abbaut, so sind diese Leute immer noch zu Hause. es ist ihnen nicht geholfen.

Brunhart: Ich würde mit der Krisensteuer probieren.

Vogt: Man sieht schon daraus, wo die grösste Arbeitsmangel herrscht, dass ^{für/} die Verlosung der Erlern im Unterland wenig Offerten oder glaublich nur eine eingegangen ist, während bei und hiefür 200 Offerten gestellt wurden.

Nüscher: Dass die Beamten etwas hergeben müssen, dieser Ansicht bin ich auch. Man soll sie entsprechend hernehmen. Aber die Leute, die da nach Abbau schreien, werden wir nicht befriedigen können. Der Kleine muss auch gelebt haben, dass man dem noch abziehen will, das kann ich nicht verstehen.

Frick: Mit Fr. 1500 mus Unsereiner auch leben. Es hat jeder das gleiche Recht zu leben, das ist ein christlicher Grundsatz.

werb allgemein und nach folgender Grundlage zu erheben.
Erwerb bis zu Fr. 2500 soll steuerfrei sein. Erwerb von
Fr. 2501-3000 soll 1 % Krisensteuer bezahlen usw..d.I.
3501-4000 2 %, 4001-4500 2½%, 4501-5000 3% usw.

Es soll dieser Beschluss ein Präliminarbeschluss für die
Budgetberatungen sein. Sollte sich das eine oder andere mitt-
lerweile noch abklären, so kann dies nur von Nutzen sein. Der
Reinertrag aus dieser Steuer soll zur Arbeitsbeschaffung Ver-
wendung finden. Ca 50% des Steuerertrages soll an die Gemein-
den als Subventionen ~~MM~~ an die Arbeitslöhne für geleistete
Arbeiten wieder ausgeschüttet werden. Dadurch erhofft sich
der Landtag am ehesten eine Verminderung der Arbeitslosig-
keit, da durch auch die Gemeinden zur Durchführung von Not-
standsarbeiten angehalten werden. Das Ergebnis soll prozen-
tual an die Gemeinden verteilt werden. Dabei soll Rücksicht
genommen werden, wenn einer Gemeinde verhältnismässig zuviel
Subventionen ausbezahlt würden soll. Wenn immer möglich, sollen
die Gemeinden gleich behandelt werden.

Nächer hat Bedenken, dass sie von dieser Sondersteuer nichts
bekommen, da sie nicht in der Lage seien, etwas zu machen. Das
komme nur finanziell stärkeren Gemeinden zugute.

Reg. Chef: betont ausdrücklich, dass Subventionen aus diesem
Titel nur für zusätzliche Arbeiten, nicht aber etwa für ^{normale} Gra-
benräumungen, Ausforstungsarbeiten etc. verwendet werden.

Präsident: Die Gemeinden sollen die vorhablichen aussergewöhn-
lichen Arbeiten bei der Regierung eingeben und da werden sie
dann kontrolliert.

Reg. Chef: Ich bin der Ansicht, wenn diese Kr sensteuer in die-
ser Form ernst behandelt wird, sie keine Gefahr läuft.

Die Regierung wird beauftragt, die nötigen Vorlagen auszuar-
beiten, sie den Abgeordneten zuzustellen, auf dass bei den
Budgetberatungen das Gesetz behandelt werden kann.

Schluss der Sitzung 16 Uhr.